

Antimuslimischer Rassismus



Vorwort

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
mit diesem Blickpunkt liegt euch endlich eine gewerkschaftliche Publikation vor, die ein Thema beleuchtet, das mir als muslimischem Gewerkschafter besonders am Herzen liegt. Diskriminierung, Verallgemeinerungen, Schubladendenken und Alltagsrassismus sind für mich keine Fremdwörter. Sie begegnen mir tagtäglich. Nicht nur wenn ich durch die Straßen gehe, auch im Betrieb, ja selbst bei Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich zusammen politisch aktiv bin.

Rassismus gegenüber Muslimen hat seit dem 11. September 2001 mit den Anschlägen von New York eine neue Hochkonjunktur in Deutschland und anderen westlichen Staaten erhalten. Infolge der schrecklichen Ereignisse war vielerorts plötzlich die Rede vom Islamismus. Hass und Angst wurden von Teilen der Gesellschaft geschürt und dabei alle Muslime über einen Kamm geschoren. Rechtspopulistische Parteien und Organisationen konnten sich weiter ausbreiten. Rassistische Vorurteile erlebten eine neue Konjunktur.

Als Gewerkschafter muslimischen Glaubens freut es mich sehr, dass die DGB Jugend sich des Themas »antimuslimischer Rassismus« annimmt und diese Broschüre als Arbeitshilfe veröffentlicht. Aufklärung, gute Argumente und Best-Practice-Beispiele dienen uns als Mittel gegen menschenverachtendes Gedankengut. Ich bin überzeugt, dass dieser Blickpunkt euch sehr hilfreich sein wird in der alltäglichen Arbeit im Betrieb und in der Gesellschaft.

Wir müssen wachsam und geschlossen gegen rassistische und fremdenfeindliche Gesinnungen sein.
Glück Auf! Ünsal Başer



Gefährlich dumm!

Wie antimuslimischer Rassismus funktioniert

»Islamfeindlichkeit ist konsensfähig, auch bei jenen, bei denen es bisher nicht zu erwarten war.« Dieses Fazit zogen Wissenschaftler/-innen der Uni Bielefeld, als sie Ende 2011 die aktuellsten Ergebnisse der Langzeitstudie »Deutsche Zustände«¹ präsentierten. Der Anstieg antimuslimischer Ressentiments vollzieht sich nicht am vermeintlich rechten Rand der Gesellschaft, sondern mittendrin – insbesondere bei Personen mit höheren Einkommen. Auch eine höhere Bildung oder politisch eher linke Positionen wirken islamfeindlichen Vorurteilen kaum entgegen. Wie kann das sein?

Rassismus ist kein neues Phänomen. Für den Anstieg antimuslimischer Einstellungen lassen sich jedoch zwei wichtige Entwicklungspunkte ausmachen. Der erste liegt elf Jahre zurück: Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde in der öffentlichen Diskussion ein neues Feindbild etabliert: Islamisten, die vor nichts zurückschrecken, um »den Westen« zu zerstören. Damit konnte man sowohl mehrere Kriege rechtfertigen, als auch die Überwachungsmaßnahmen im eigenen Land deutlich verschärfen.

Die Mühe, genau hinzusehen, machte sich kaum jemand. Der Islam als vielfältige Weltreligion und seine radikal-fundamentalistische Auslegung durch politische Fanatiker wurden in einen Topf geworfen. Dabei war es völlig egal, wie sich die von dieser Meinungsma-

che betroffenen Menschen selbst verstehen und sich selbst politisch positionieren.

Die Angst vor fanatischen Islamistinnen und Islamisten und das ständige Gerede von einem »Kampf der Kulturen« konnten vor allem Rechtspopulisten/-innen in ganz Europa für ihre Zwecke nutzen. Die Moscheebau-Debatte, losgetreten in der Schweiz und dankbar angenommen von der deutschen »Pro-Bewegung«, ist dafür ein trauriges Beispiel.

In ihrer antimuslimischen Hetze bedienen sich (nicht nur) die Populisten/-innen gern scheinbar fortschrittlicher Argumente. Im Namen der Menschenrechte wird gegen den Islam gewettert. Dieser wolle sich ausbreiten, strebe nach alleiniger Herrschaft, diskriminiere Frauen und säe Gewalt. In Abgrenzung zu diesen vermeintlich gefährlichen »Anderen« wird dann eine »westlich-christliche Leitkultur« gesetzt, die aufgeklärt und modern sei. Dass fundamentale Christen/-innen Homosexualität, Abtreibungen und Verhütung bekämpfen, dass die »westlich-christliche Kultur« jede Menge Kriege,

¹ Im Rahmen dieser Studie wurde über zehn Jahre hinweg erforscht, welche Einstellungen und Vorurteile in der deutschen Bevölkerung verbreitet sind.

Unterdrückung und Leid hervorgebracht hat und weiterhin bringt, wird dabei geflissentlich übersehen.

An der Debatte um das Kopftuch lässt sich das gut nachvollziehen: Ohne sich mit den Sichtweisen muslimischer Frauen überhaupt zu beschäftigen, gilt das Kopftuch vielen als Symbol für Unterdrückung. Kopftuchtragende Frauen werden als Opfer wahrgenommen, muslimische Männer pauschal als sexistische Macker. Dabei sind Sexismus und Benachteiligung von Frauen überall in der bundesdeutschen Gesellschaft anzutreffen und eben nicht auf Herkunft oder Religion zurückzuführen.

Der zweite wichtige Entwicklungspunkt war die Wirtschaftskrise. Insbesondere bei den ökonomisch besser gestellten Schichten findet seitdem eine Entsolidarisierung mit den gesellschaftlich Schwächeren statt. Um eigene Vorteile zu sichern, werden andere für »faul«, »nutzlos« oder »fremd« erklärt. So sind plötzlich diejenigen,



die von den Auswirkungen der Krise stärker betroffen sind, selbst schuld. Und so sind Menschen, die hier geboren wurden oder seit Jahrzehnten hier leben, plötzlich wieder Fremde. Muslime trifft dieser Reflex doppelt, weil sie oft gleichzeitig als »fremd« und als »rückständig« gebrandmarkt werden. Antimuslimischer Rassismus hat somit ganz klar eine politische und soziale Funktion: Die Gruppe, der man sich selbst zugehörig fühlt, wird aufgewertet, indem andere abgewertet werden. Die tatsächlichen Ursachen gesellschaftlicher Missstände geraten so aus dem Blick. Anstatt der ungerechten Verteilung in dieser

Gesellschaft den Kampf anzusagen, fügt der antimuslimische Rassismus den bestehenden Übeln nur noch ein weiteres hinzu. Dieser falschen Grenzziehung setzen wir unser Bemühen um eine gesamtgesellschaftliche Perspektive jenseits von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Homophobie entgegen.

Was ist antimuslimischer Rassismus? Eine kleine Definition

Antimuslimischer Rassismus (auch Islamophobie oder Islamfeindlichkeit) ist eine Form von Rassismus, die sich gegen Menschen richtet, denen eine muslimische Religionszugehörigkeit zugeschrieben wird. Betroffen sind also nicht nur gläubige Muslime, sondern alle, denen aufgrund bestimmter äußerlicher Merkmale, ihrer Herkunft oder Kultur ein islamischer Glaube unterstellt wird.

Dabei geht es nicht darum, wie sich die Menschen selbst verstehen, welche Rolle der Glaube in ihrem persönlichen Leben spielt und es findet auch keine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Strömungen des Islams statt.

Vielmehr gilt der Islam an sich als schlecht. Ihm wird vorgeworfen, grundsätzlich rückständig, frauenfeindlich, aggressiv oder terroristisch zu sein. Auf dieser Grundlage werden alle Menschen, die der Gruppe der Muslime zugerechnet werden, abgewertet. Wie bei allen Rassismusformen geht mit dieser Abwertung des anderen (hier: »muslimisch«) die Aufwertung des eigenen (hier: die »christlich-westliche Kultur«) einher.

Antimuslimischer Rassismus in der heutigen Form existiert seit dem Ende des 20. Jahrhunderts, in zugespitzter Form seit den Terroran-

schlägen des 11. September 2001 und den nachfolgenden Kriegen. Heute sind antimuslimische Vorurteile gesellschaftlich weit verbreitet. Dieses Klima versuchen nicht nur Nazis für ihre menschenverachtende Propaganda zu nutzen. Auch bürgerlich auftretende rechtspopulistische Initiativen und Parteien machen damit Stimmung.

» Das Thema »antimuslimischer Rassismus« betrifft mich leider persönlich. Ich habe mein Studium »Management & Economics« im Frühjahr erfolgreich an der Ruhr Universität abgeschlossen. Trotz Praktika im Ausland, werden meine Bewerbungen abgelehnt. Bisher stehen mir Arbeitgeber nicht positiv und neutral gegenüber, weil ich einen Kopftuch trage. Meine Persönlichkeit würde sich natürlich nicht ändern, wenn ich das Tuch ablegen würde, trotzdem ist das Grund genug, zu keinem Gespräch eingeladen zu werden. Ich finde es sehr beunruhigend, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft entwickelt. Müssen erst anonymisierte Bewerbungsverfahren eingeführt werden damit auch ich eine Chance bekomme? Ich bin keine schlechtere oder unqualifiziertere Bewerberin im Gegenteil, deshalb werde ich nicht aufgeben und mich weiterhin bewerben!«

Cahide T.

»Ist doch so!?!« Antimuslimischen Vorurteilen argumentativ begegnen

»Der Islam ist eine uns ganz fremde Kultur.

Die passen nicht zu uns.«

Hier ist zunächst einmal die Frage zu stellen, wer denn eigentlich mit »uns« gemeint ist. Sehr schnell wird dann deutlich, dass dieses »Wir« sehr viele unterschiedliche Menschen und Gruppen umfasst: Männer und Frauen, Alte und Junge, Sportfreaks und Couchpotatoes, Religiöse und Atheisten, Reiche und Arme, Stadt- und Landbewohner/-innen, Opern- und Rockfans – und viel mehr und alles dazwischen.

Genauso verhält es sich mit »dem Islam«. Der Islam ist eine vielfältige Religion, die aus ganz unterschiedlichen Strömungen besteht. Noch vielfältiger ist die Art und Weise, wie Muslime ihre Religion im Alltag leben. Und nicht nur das. Nehmen wir die religiöse Zugehörigkeit einmal als das, was sie ist: ein Merkmal unter tausenden, die

» Ablehnung oder Vorbehalte erlebe ich in meinem Alltag kaum. Ich bekomme vielmehr Aussagen zu hören wie »Du bist doch eine von uns, du trägst kein Kopftuch, du siehst ja nicht aus wie die anderen«. Und genau da beginnt meiner Meinung nach Rassismus. Woran wird fest gemacht, dass ein Mensch besser, schlecht, gleich oder qualifiziert ist? Wenn wir von dem Grundgedanken, dass alle Menschen gleich behandelt werden sollen ausgehen, dann haben wir noch einen sehr weiten Weg vor uns. Lasst uns nicht in die Vergangenheit zurück kehren, sondern gemeinsam für Aufklärung, Respekt und Gleichbehandlung sorgen.«

Gülisen, aktiv in der IG Metall

einen Menschen ausmachen. Dann ergibt sich plötzlich ein ganz neues Koordinatensystem: Denn höchstwahrscheinlich trennt die 20-jährige atheistische Auszubildende aus Bochum mehr von Familienministerin Kristina Schröder als von ihrer 22-jährigen muslimischen Kollegin.



Antimuslimischer Rassismus wird häufig mit einer angeblich andersartigen Kultur begründet. Dabei wird Kultur als etwas Einheitliches und Unveränderbares verstanden. Sie würde dem einzelnen Menschen quasi per Geburt verliehen und ihn fortan ohne eigenes Zutun prägen.

Solch ein starres Konzept von Kultur verleugnet, dass Kulturen einer ständigen Veränderung unterliegen, sich wechselseitig beeinflussen und durchlässig sind. Sie sind nicht abgeschottet und unvereinbar, wie es die Parolen vom »Kampf der Kulturen« behaupten. Menschen lassen sich nicht auf »ihre Kultur« reduzieren. Sie können sich zudem auch verschiedenen Kulturen zugehörig fühlen. Jeder Mensch ist mehr als »nur« Muslim/-a oder Christ/-in, Deutsche/-r oder Türke/-in.

»Der Islam ist eine Religion der Gewalt und des Terrorismus«

Wie andere Religionen auch dient der Islam einigen politischen Gruppierungen als Rechtfertigung für Gewalt und terroristische Angriffe. Deswegen ist der Islam aber genauso wenig eine Religion der Gewalt, wie es beispielsweise das Christentum ist. Die Gleichsetzung von Islam und gewalttätigem islamischem Fundamentalismus ist ein Kernstück des antimuslimischen Rassismus. Muslime werden nicht bloß zu »Fremden«, sondern zugleich zu einer Bedrohung für die Sicherheit und das Zusammenleben erklärt.

Als Belege dafür dienen neben Verweisen auf Terroranschläge vor allem einzelne Suren (Abschnitte) des Korans. Nun verhält es sich mit dem Koran ähnlich wie mit der Bibel: Es lassen sich sowohl Stellen finden, die als Rechtfertigung von Gewalt dienen könnten, als auch Stellen, die als Verurteilung von Gewalt zu lesen sind. Zudem lassen sich einzelne Suren nicht sinnvoll ohne die Berücksichtigung ihres Kontextes interpretieren. Ein Blick auf die Debatten in der islamischen Theologie offenbart, dass um die Auslegung des Koran ebenso vielfältige und heftige Diskussionen kreisen wie in anderen Religionen auch.

» Antimuslimischer Rassismus ist seit vielen Jahren in Deutschland ein ernst zu nehmendes Phänomen. Meines Erachtens hat er mittlerweile eine Stufe erreicht, die vielen Menschen Angst bereitet. In meinem persönlichen Umfeld wurden Menschen aufgrund ihrer Herkunft aus einem muslimischen Land oder aufgrund sichtbarer Symbole des Islams (wie zum Beispiel einem Kopftuch) ausgegrenzt, diskriminiert und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Manche wurden sogar Opfer rassistischer Gewalt. Dagegen muss dringend etwas getan werden!«

Leila Khamis, Islamwissenschaftlerin, Berlin



» Rassismus ist alltäglich in unserer Gesellschaft. Durch Bildung haben wir die Chance, junge Menschen für einen kritischen Umgang mit Vorurteilen, Feindbildern und Diskriminierung zu sensibilisieren. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten Gewerkschaften. Allerdings müssten sich auch unsere Bildungsteams kulturell vielfältiger zusammensetzen.«
Alexander Sherko Kejo, ver.di Mitglied und DGB Jugend-Teamer



»Die wollen sich doch gar nicht integrieren.«

Integration ist keine Einbahnstraße. Sie kann sich nicht ausschließlich als Forderung an Zugewanderte und ihre Nachkommen richten. Ebenso muss die Mehrheitsgesellschaft Migranten/-innen als gleichberechtigte Bürger/-innen anerkennen und ihnen die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. An dieser Bereitschaft hat es in Deutschland jahrzehntelang gemangelt, eine staatliche Integrationspolitik war quasi nicht existent. Die deutsche Gesellschaft hat sich mehrheitlich nicht als Einwanderungsgesellschaft verstanden. Damit Integration gelingen kann, müssen Chancengleichheit, Partizipationsmöglichkeiten und rechtliche Gleichstellung gewährleistet sein. Integration ist also vielmehr eine politische und soziale Frage, als eine kulturelle.

»Minarette und Moscheen sind Zeichen der Überfremdung.«

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert die Religionsfreiheit (Artikel 4). Zur Religionsfreiheit zählt übrigens auch die Freiheit, keiner Religion anzugehören. Zudem muss die ungestörte Religionsausübung gewährleistet sein. Moscheen sind als Gebetsräume und Gotteshäuser wichtige Bestandteile islamischer



Religionsausübung. Deswegen darf ihr Bau oder Betrieb auch nicht einfach untersagt werden.

Doch gerade am Neubau von Moscheen entzündeten sich vielerorts Konflikte. Denn Moscheen und Minarette (die Türme an Moscheen, von denen der Muezzin zum Gebet ruft) machen den Islam im Stadtbild sichtbar. Das wiederum lehnen diejenigen ab, die in Moscheen Symbole einer fremden Kultur und den Ausdruck einer unerwünschten Einwanderung sehen.

Nun ist aber erstens der Islam keine fremde Kultur, sondern eine Religion neben anderen. Zweitens sind Moscheen nicht nur notwendige Räume zur freien Religionsausübung, sondern auch Ausdruck davon, dass aus ehemaligen Gastarbeitern/-innen inzwischen Bürger/-innen geworden sind. Bürger/-innen, die bleiben und ihre Religion nicht länger in provisorischen Räumen praktizieren möchten, sondern gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wollen.

»So lange Christen in muslimischen Ländern keine Kirchen bauen dürfen, sollen die hier auch keine Moscheen bauen dürfen.«

Nicht in allen Ländern der Welt ist Religionsfreiheit gewährleistet, religiöse Minderheiten werden teilweise massiv unterdrückt. Diskriminierung und Intoleranz in anderen Teilen der Welt können aber kein Argument dafür sein, selbst diskriminierend zu handeln.

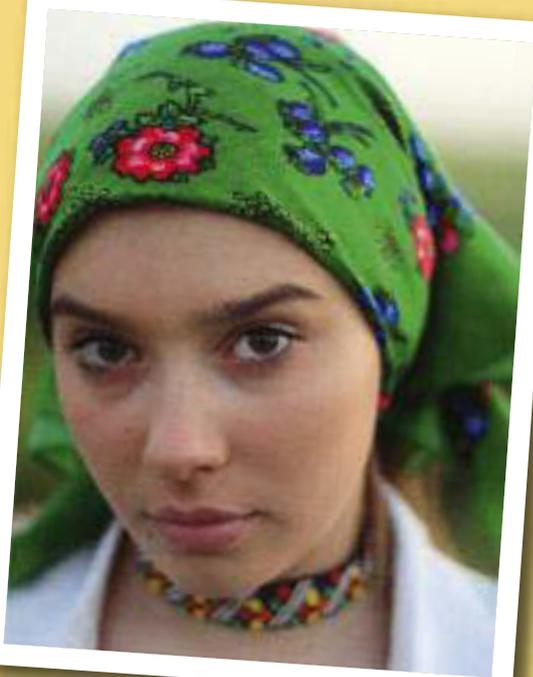
Das Absurde an der Aussage oben wird deutlich, wenn wir kurz das Thema wechseln: In einigen Ländern wird die Todesstrafe vollstreckt. Folgt daraus, dass in Deutschland ebenfalls Menschen hingerichtet werden sollen, und zwar so lange, bis dies auch in anderen Teilen der Welt nicht mehr geschieht? Sicher nicht. Ebenso verhält es sich auch in Fragen der Religionsfreiheit.

Menschenrechte dürfen nicht für ungültig erklärt werden, bloß weil sie nicht weltweit durchgesetzt sind. Stattdessen sollte man sich für ihre weltweite Verwirklichung engagieren.

Und außerdem: Mit welchem Recht werden in Deutschland lebende Muslime für staatliches Handeln im Ausland verantwortlich gemacht, auf das sie keinen Einfluss haben?

» Alle können etwas gegen Rassismus tun. Für uns als JAVen ist es selbstverständlich, dass wir uns gegen Rassismus engagieren. Wir haben deshalb auch einen Arbeitskreis, der sich schwerpunktmäßig mit diesem Thema beschäftigt und gute Präventivprojekte und Aktionen entwickelt.«

Maïke Schollenberger, Mitglied der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung bei der Deutschen Post AG



»Das Kopftuch ist ein Zeichen für die Unterdrückung der Frau. Es muss deshalb für Lehrerinnen verboten werden.«

Die Kopftuchdebatte ist nicht mit einfachen Wahrheiten zu beantworten, denn hier vermischen sich durchaus berechtigte Überlegungen zu einem Pauschalurteil. Versuchen wir es aufzudröseln:

Islamische Fundamentalisten/-innen und auch extrem traditionelle Auslegungen des Islam vertreten in der Tat die Ansicht, die Frau sei weniger wert als der Mann und ihm zu Gehorsam verpflichtet. Dieser Auffassung verleihen sie mit dem Kopftuchgebot oder noch weitergehender Verschleierung Ausdruck. Genau aus diesem Grund und in deutlicher Abgrenzung zu solchen Positionen treten zahlreiche muslimische Frauen für ein Kopftuchverbot in öffentlichen Berufen ein.

Gegner/-innen eines Kopftuchverbotes stellen das Recht auf Selbstbestimmung der Frau in den Mittelpunkt. Sie machen geltend, dass das Tragen eines Kopftuches allein noch nichts über die individuellen Motive seiner Trägerin aussagt. Weder der Staat, noch die Familie, noch die Männern hätten das Recht, darüber zu entscheiden, ob eine Frau ein Kopftuch trägt oder nicht.

Das Kopftuch kann also nicht einfach pauschal als Symbol frauenfeindlicher Unterdrückung interpretiert werden. Doch es ist ein religiöses Symbol und in der Schule kollidiert dies mit der Trennung von Staat und Religion. Das Grundrecht der Lehrerin, ihre Religion auszuüben und ihr Recht auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Ämtern steht hier dem Grundrecht der Schüler/-innen gegenüber, keine Religion ausüben zu müssen sowie von einer ungewollten Konfrontation mit Religion verschont zu bleiben. Klar ist: Religiöse Missionierung, Propaganda und Beeinflussung gehören nicht an die Schule. Das gilt übrigens für den Islam ge-

» Vor neun Jahren, mit gerade mal 16, begann ich nach meinem Realschulabschluss die Ausbildung zur Chemielaborantin. Bis zu diesem Zeitpunkt war ich nicht mit Rassismus in Kontakt gekommen. In der Ausbildung erfuhr ich dann zum ersten Mal Diskriminierung am eigenen Leib: Einer der Ausbilder hatte es auf mich abgesehen. Ich konnte machen, was ich wollte – nichts machte ich richtig. Anfeindungen wie »Wieso tragen Sie kein Kopftuch, sind Sie keine richtige Muslimin?« oder »Verstehen Sie überhaupt deutsch?« und vieles mehr bestimmten meinen Arbeitstag. Meine Freunde wurden gefragt, warum sie denn mit mir befreundet seien, ich sei schließlich eine Muslimin. Weil meine Freunde und Kollegen immer zu mir gehalten haben, konnte ich dem psychischen Druck standhalten und die Ausbildung erfolgreich absolvieren. Heute kenne ich meine Rechte und setze mich dafür ein, dass so etwas nicht wieder vorkommt.«

Ayşe İlgi, aktiv bei der IG BCE



nauso wie für das Christentum und andere Religionen. Allerdings kann die Erfüllung dieser Anforderung nicht an äußerlichen Merkmalen wie einem Kopftuch festgemacht werden. Dafür müssen vielmehr inhaltliche Maßstäbe gelten, also zum Beispiel die Frage, was unterrichtet wird. Das Augenmerk sollte also darauf liegen, Lehrpläne, Schule und Gesellschaft so zu gestalten, dass kritisches Denken und politische Urteilskraft gefördert werden.

Impressum

Text: Anne Goldenbogen, Hendrik Puls, Ima Drolshagen, Jan Duscheck, Mirjam Blumenthal

Redaktion: Benjamin Krautschat und Mirjam Blumenthal in Zusammenarbeit mit KOLB

V.i.S.d.P.: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Gestaltung: Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

Fotos: Titelmontage: Flickr.com (Sebastian Niedlich, elmada, Frank Essers, JamesReaFotos, kellerabteil) + photocase.com (frechdax, Carol I, Gortincoiel) + Fotolia (fuxart); Innenteil: photocase.com (Rike., FemmeCurieuse, Luciana Popescu), Fotolia, DGB-Jugend

Stand: November 2012

Diese Publikation ist eine Veröffentlichung der DGB-Jugend.

Gefördert aus Mitteln des BMSFSJ

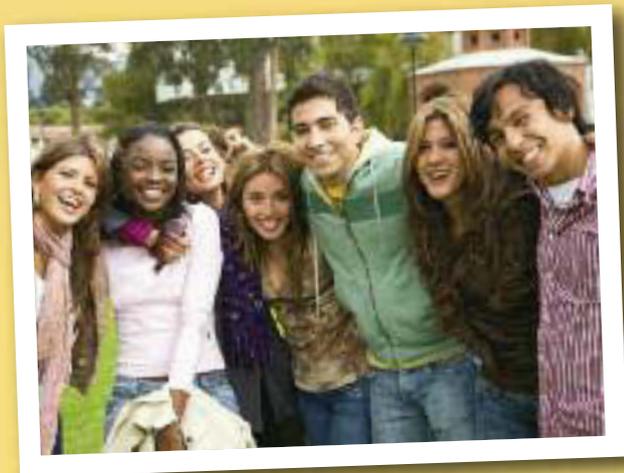
Best Practice

Beispiele für antirassistische Projekte vor Ort

Köfte Kosher – mit Stencils gegen rechte Gewalt

Elf jüdische und muslimische Jugendliche aus Bremen haben in ihren Osterferien eine Gedenkwand für Opfer rechter Gewalt in Deutschland gestaltet. Ein Trafohäuschen mitten in der Stadt besprühten sie mit Porträts von Menschen, die in den letzten 20 Jahren umgebracht wurden – weil sie schwul waren oder eine Behinderung hatten, weil sie sich gegen rechte Angriffe zur Wehr setzten, wegen ihrer Religion oder Hautfarbe.

Die Jugendlichen haben sich mit den individuellen Lebensgeschichten der Portraitierten auseinandergesetzt, aber auch mit den Ausgrenzungsformen, aufgrund derer sie sterben mussten: Rassismus, Homophobie, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit. Und natürlich tauschten sich die Projektteilnehmer/-innen auch über ihre eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung aus. »Aber wir wollten da nicht stehen bleiben«, sagt die Künstlerin Elianna Renner, die das Projekt mit ihrem Team und jeweils sechs Kindern aus der jüdischen Gemeinde Bremen und dem muslimischen Dachverband »Schura« Bre-



! Wir, das Bündnis »Keine Stimme für Nazis«, machen uns mit Informationsveranstaltungen und Aufklärungsarbeit gegen braune Ideologie stark und beteiligen uns am zivilgesellschaftlichen Protest gegen rechtspopulistische Veranstaltungen und Gruppierungen. Wir wollen eine wirkungsstarke und nachhaltige Arbeit gegen Rassismus leisten und wehren uns gegen antimuslimischen Rassismus, der das solidarische Zusammenleben in unser Stadt nicht gefährden darf!
Judith Gövert, Kölner Bündnis »Keine Stimme für Nazis«



! Antimuslimischer Rassismus ist für KIGa e.V ein wichtiges Thema. Viele der Schüler/-innen, mit denen wir arbeiten, erleben die Debatten um Integration und Islam als abwertend und ausgrenzend. Oft berichten sie von persönlichen Erfahrungen mit Rassismus. Wir nehmen ihr Bedürfnis nach Anerkennung ernst. Raum dafür zu schaffen, ist integraler Bestandteil unserer pädagogischen Konzepte. Gleichzeitig möchten wir sowohl die Jugendlichen als auch Multiplikatoren/-innen dafür sensibilisieren, dass eine große Vielfalt muslimischer Perspektiven, Bezüge und Identitätskonzepte existiert. Dafür beziehen wir u.a. sozialräumliche Akteure in unsere Arbeit ein.
Yasmin Kassar, KIGa e.V.
(Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus)

KIGa

men durchgeführt hat »Wir wollten den Kindern Mut machen, ihr Selbstbewusstsein und ihre Zivilcourage stärken.«

Dass das geklappt hat, zeigt auch der Kurzfilm, den die zehn- bis 13jährigen mit der Regisseurin Döndü Kilic zusammen gedreht haben.

Mehr Infos: www.koeftekosher.wordpress.com

Antirassismus im Betrieb – Projekt »HKM zu Gast bei Freunden«

Seit mittlerweile fünf Jahren besuchen die Auszubildenden der Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH (HKM) jeweils in ihrem zweiten Ausbildungsjahr das niederländische Groesbeek bei Nimwegen, um sich eine Woche lang intensiv mit Rassismus, Meinungsfreiheit und Toleranz auseinander zu setzen. Das Projekt »HKM zu Gast bei Freunden« wurde von der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei HKM gemeinsam mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) ins Leben gerufen.

Während des umfassenden, abwechslungsreichen Besichtigungsprogramms (von verschiedenen Museen, Gotteshäusern u.v.m.) werden die Auszubildenden zum einen für Ursachen und Folgen von Krieg und Rassismus sensibilisiert. Hier sind es vor allem die vielen eindrucksvollen Erzählungen von Zeitzeugen über den Alltag und die Erlebnisse, die in die persönliche Auseinandersetzung zwingen und Geschichte auch für die junge Generation heute erfahrbar machen.

Zum anderen beschäftigen sich die Auszubildenden in der Woche mit (religiöser) Toleranz, Solidarität und Zivilcourage. Hier erfahren die Jugendlichen Hintergründe über die Besonderheiten wie Gemeinsamkeiten der großen Religionen und üben in der Diskussion den respektvollen Umgang mit den verschiedenen kulturellen und religiösen Traditionen ein Stück weit ein.

Aktiv werden!

Rassismus keinen Raum geben

Projektstage, Seminare und Jugend- und Auszubildendenversammlungen

Sowohl in (Berufs-)Schulen als auch bei Jugend- und Auszubildendenversammlungen in Betrieben: Macht antidiskriminierende Bildungsarbeit zu einem festen Bestandteil von Ausbildung und Weiterbildung! Dafür könnt ihr euch auch externe Unterstützung organisieren. Neben den unten aufgeführten Anbietern/-innen von entsprechenden Bildungsangeboten kann man sich auch jederzeit an die DGB-Jugend wenden, um Unterstützung für die Organisation eigener Aktivitäten zu bekommen.

Anbieter/-innen von Projekttagen:

- › DGB Jugend › › › www.berufsschultour.de
- › Netzwerk für Demokratie und Courage › › › www.netzwerk-courage.de
- › Apabiz e. V. › › › www.apabiz.de

Macht den Mund auf!

Das kennen wir alle: Der Arbeitskollege, der Kumpel oder die Frau eine Reihe vor uns im Bus macht einen rassistischen Witz oder lässt eine antimuslimische Bemerkung fallen. Das Wichtigste ist: Ignoriert solche Sprüche nicht! Es gibt viele, die solche Bemerkungen und Denkweisen nicht gut finden, sich aber nicht trauen etwas zu sagen und betreten zur Seite schauen. Mach doch einfach den Anfang: Frag nach, was mit dieser oder jener Bemerkung gemeint ist und versuche schnell, andere mit in das Gespräch einzubeziehen. Wenn eine rassistische Parole nach der anderen geschwungen wird, bremsen den/die Sprücheklopfer/-in aus und versuche, dein Gegenüber auf eine Parole festzunageln und in der Diskussion dabei zu bleiben. Du wirst sehen, er/sie kommt schnell in Erklärungsnot, wenn du genauer nachfragst bzw. dagegen argumentierst.

Kleb den Rassistinnen und Rassisten eine!

Bei der DGB-Jugend und anderen Organisationen könnt ihr kostenlos oder gegen wenig Geld antirassistische Aufkleber bestellen, mit denen ihr euer Stadtbild verschönern könnt. Besonders gut machen sich Aufkleber natürlich auf einem rassistischen Sticker – für den Fall, dass ihr es mal zu eilig habt, um das hässliche Ding vom Stromkasten oder der Laterne abzukratzen. Aber Achtung: Wer beim Verkleben von Aufklebern erwischt wird, kann mit einem Bußgeld belangt werden, denn es handelt sich dabei um eine Ordnungswidrigkeit.

Zum Weiterlesen

- › Apabiz e.V./ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: Antimuslimischer Rassismus und rechtspopulistische Organisationen. Eine Handreichung über Struktur, Programmatik und mögliche Gegenstrategien. (2010) PDF zum Download unter: www.apabiz.de/publikation/broschueren/Rechtspop_2te_final.pdf
- › Konfliktstoff Kopftuch. Online-Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de/politik/innenpolitik/konfliktstoff-kopftuch/
- › Stephan Bundschuh/ Ansgar Drücker/ Birgit Jagusch (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Aspekte, Stimmen, Gegenstrategien. Reader für Multiplikatoren in der Jugend- und Bildungsarbeit. Düsseldorf 2012
- › Weblog Jugendkultur, Medien & politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft von ufuq.de e.V.: www.ufuq.de
- › Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände 10. Berlin 2011

Weitere Infos:

- › Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V.: www.idaev.de
- › Gelbe Hand: www.gelbehand.de
- › Respekt: www.respekt.tv

In der Reihe »Blickpunkt« sind bisher erschienen:

- › »Öffentliche Veranstaltungen ohne Störungen von Rechtsextremen«
- › »Argumentationen gegen den Kulturkampf von rechts außen«
- › »Neue Nazis tarnen sich – Sozialdemagogen auf der Spur«
- › »Extrem demokratisch«

Diese und weitere Materialien können bei der DGB Jugend bestellt werden. www.dgb-jugend.de/broschueren

» In meinem Arbeits- und Aktionsumfeld bin ich meistens der einzige Mensch mit einem »muslimischen Migrationshintergrund«. Dass ich eigentlich nicht religiös bin, wissen die meisten nicht und es scheint sie auch nicht wirklich zu interessieren. Das führt häufig zu einer vermeintlichen Rücksichtnahme auf meine »religiösen Gefühle«: Zum Beispiel entschuldigt sich ein Gastgeber dafür, dass es auf dem Sitzungstisch nur Salami- und Schinkenbrötchen gibt. Dann kommt es vor, dass ich – um die Situation zu entspannen – ein Salami-Brötchen esse, obwohl ich gar kein Hunger habe und mich eigentlich lieber vegetarisch ernähre.«

Fatih Ece, Jugendbildungsreferent DGB Dortmund-Hellweg

